

Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen

Vorentwurf

vom ...

Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹,
beschliesst:

I

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Zivilgesetzbuch²

Art. 28b Abs. 3^{bis} und 4 zweiter Satz

^{3bis} Es teilt seinen Entscheid den zuständigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sowie der zuständigen kantonalen Stelle nach Absatz 4 mit, soweit dies für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig erscheint.

⁴ ... Sie sorgen für die nötige Weiterbildung der Personen, die bei dieser Stelle sowie bei den Gerichten mit dem Schutz gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen betraut sind.

Art. 28c

c. Anordnung
einer
elektronischen
Vorrichtung

¹ Das Gericht, das ein Verbot nach der Bestimmung über Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen anordnet, sowie das Vollstreckungsgericht können auf Antrag der klagenden Person die Verwendung einer elektronischen Vorrichtung anordnen, die mit der verletzenden Person fest verbunden ist und mit der ihr Aufenthaltsort dauernd bestimmt werden kann. Eine solche Anordnung darf nur erfolgen, wenn sie zur Durchsetzung des Verbots geeignet und erforderlich erscheint, insbesondere weil weniger einschneidende Massnahmen erfolglos geblieben sind oder von vornherein als ungenügend erscheinen.

² Die Massnahme kann für höchstens zwölf Monate angeordnet werden. Sie kann um jeweils höchstens zwölf Monate verlängert werden, sofern die dafür erforderlichen Voraussetzungen weiterhin erfüllt sind. Vorsorglich kann die Massnahme für höchstens zwölf Monate angeordnet werden.

SR

¹ BBl ...
² SR 210

³ Die Kantone bezeichnen eine Stelle, die für den Vollzug der Massnahme zuständig ist, und regeln das Vollzugsverfahren. Sie sorgen dafür, dass Daten über die beteiligten Personen nur zur Umsetzung des Verbots verwendet werden. Der klagenden Person dürfen aus dem Vollzug der Massnahme keine Kosten entstehen.

⁴ Im Übrigen sind die Bestimmungen der Zivilprozessordnung anwendbar.

Schlusstitel: Anwendungs- und Einführungsbestimmungen

Erster Abschnitt:

Die Anwendung bisherigen und neuen Rechts

Art. 6d

IV. Schutz der
Persönlichkeitsre-
cht vor Gewalt,
Drohungen oder
Nachstellungen

Auf Verfahren, die beim Inkrafttreten der Änderung vom ...
rechtshängig sind, findet das neue Recht Anwendung.

2. Zivilprozessordnung³

Art. 114 Bst. g

Im Entscheidverfahren werden keine Gerichtskosten gesprochen bei Streitigkeiten:

- g. wegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen nach den Artikeln 28b und Artikel 28c ZGB⁴.

Art. 198 Bst. a^{bis}

Das Schlichtungsverfahren entfällt:

- a^{bis}. bei Klagen wegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen nach den Artikeln 28b und 28c ZGB⁵;

Art. 243 Abs. 2 Bst. b

² Es gilt ohne Rücksicht auf den Streitwert bei Streitigkeiten:

- b. wegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen nach den Artikeln 28b und 28c ZGB⁶;

³ SR 272

⁴ SR 210

⁵ SR 210

⁶ SR 210

*Gliederungstitel vor Art. 407c***4. Kapitel: Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...***Art. 407c*

Für Verfahren, die bei Inkrafttreten der Änderung vom ... rechtshängig sind, gilt das neue Recht.

3. Strafgesetzbuch⁷*Art. 55a Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. b, Abs. 2, 3, 4 und 5*

¹ Bei einfacher Körperverletzung (Art. 123 Ziff. 2 Abs. 3–5), wiederholten Tötlichkeiten (Art. 126 Abs. 2 Bst. b, b^{bis} und c), Drohung (Art. 180 Abs. 2) und Nötigung (Art. 181) kann die Staatsanwaltschaft oder das Gericht das Verfahren sistieren, wenn:

- b. das Opfer oder, falls dieses nicht handlungsfähig ist, sein gesetzlicher Vertreter darum ersucht oder einem entsprechenden Antrag der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts zustimmt.

² Die Sistierung setzt voraus, dass das Interesse des Opfers das Interesse des Staates an der Strafverfolgung überwiegt. Die Staatsanwaltschaft oder das Gericht berücksichtigt beim Entscheid namentlich:

- a. wer Anzeige erstattet hat;
- b. warum das Opfer um die Sistierung ersucht oder dieser zustimmt;
- c. ob die beschuldigte Person einsichtig ist;
- d. ob die beschuldigte Person ein Lernprogramm gegen Gewalt besucht oder andere Schritte zur Änderung ihres Verhaltens unternommen hat;
- e. ob sich das Opfer und die beschuldigte Person auf eine Lösung des Konflikts verständigt haben;
- f. ob die Risiken eines erneuten Übergriffs grösser oder geringer geworden sind,
- g. ob Kinder betroffen sind;
- h. wie schwer die Tat wiegt.

³ Die Sistierung ist nicht zulässig, wenn:

- a. die beschuldigte Person wegen einer strafbaren Handlung gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit oder gegen die sexuelle

Integrität als rechtskräftig verurteilt im Strafregister eingetragen ist; und

- b. sich diese strafbare Handlung gegen ein Opfer nach Absatz 1 Buchstabe a gerichtet hat.

⁴ Die Staatsanwaltschaft oder das Gericht nimmt das Verfahren innerhalb von sechs Monaten seit der Sistierung wieder an die Hand, wenn:

- a. das Opfer oder, falls dieses nicht handlungsfähig ist, sein gesetzlicher Vertreter seine Zustimmung schriftlich oder mündlich widerruft; oder
- b. sich die Situation geändert hat und das Interesse an der Strafverfolgung überwiegt.

⁵ Wird die Zustimmung nicht widerrufen und überwiegt das Interesse des Opfers an der Einstellung des Verfahrens, so verfügt die Staatsanwaltschaft oder das Gericht nach Ablauf von sechs Monaten die Einstellung. Vor dem Entscheid ist das Opfer anzuhören.

4. Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927⁸

Art. 46b Abs. 2, 3, 3^{bis} und 3^{ter}

² Die provisorische Einstellung setzt voraus, dass das Interesse des Opfers das Interesse des Staates an der Strafverfolgung überwiegt. Der Auditor oder das Militärgericht berücksichtigt beim Entscheid namentlich:

- a. wer Anzeige erstattet hat;
- b. warum das Opfer um die provisorische Einstellung ersucht oder dieser zustimmt;
- c. ob die beschuldigte Person einsichtig ist;
- d. ob die beschuldigte Person ein Lernprogramm gegen Gewalt besucht oder andere Schritte zur Änderung ihres Verhaltens unternommen hat;
- e. ob sich das Opfer und die beschuldigte Person auf eine Lösung des Konflikts verständigt haben;
- f. ob die Risiken eines erneuten Übergriffs grösser oder geringer geworden sind,
- g. ob Kinder betroffen sind;
- h. wie schwer die Tat wiegt.

³ Die provisorische Einstellung ist nicht zulässig, wenn:

⁸ SR 321.0

- a. die beschuldigte Person wegen einer strafbaren Handlung gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit oder gegen die sexuelle Integrität als rechtskräftig verurteilt im Strafregister eingetragen ist; und
 - b. sich diese strafbare Handlung gegen ein Opfer nach Absatz 1 Buchstabe a gerichtet hat.
- ^{3bis} Der Auditor oder das Militärgericht nimmt das Verfahren innerhalb von sechs Monaten seit der provisorischen Einstellung wieder an die Hand, wenn:
- a. das Opfer oder, falls dieses nicht handlungsfähig ist, sein gesetzlicher Vertreter seine Zustimmung schriftlich oder mündlich widerruft; oder
 - b. sich die Situation geändert hat und das Interesse an der Strafverfolgung überwiegt.
- ^{3ter} Wird die Zustimmung nicht widerrufen und überwiegt das Interesse des Opfers an der definitiven Einstellung des Verfahrens, so verfügt der Auditor oder das Militärgericht nach Ablauf von sechs Monaten die definitive Einstellung. Vor dem Entscheid ist das Opfer anzuhören.

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

...

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Simonetta Sommaruga

Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova

Loi fédérale sur l'amélioration de la protection des victimes de violence

Avant-projet

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu le message du Conseil fédéral du ...¹,

arrête:

I

Les actes mentionnés ci-après sont modifiés comme suit:

1. Code civil²

Art. 28b, al. 3^{bis}, 4, 2^e phrase

^{3bis} Il communique sa décision aux autorités de protection de l'enfant et de l'adulte compétentes et au service cantonal visé à l'al. 4, si cela lui semble nécessaire à l'accomplissement de leur tâche.

⁴ ... Ils assurent le perfectionnement du personnel de ce service et du personnel des tribunaux chargés de garantir la protection contre la violence, les menaces et le harcèlement.

Art. 28c

c. Mise en œuvre de l'interdiction c la violence, des menaces et du harcèlement

¹ Le juge qui ordonne une interdiction en vertu de la disposition sur la violence, les menaces et le harcèlement et le juge d'application des peines peuvent, si le demandeur le requiert, ordonner la fixation d'un appareil électronique à l'auteur de l'atteinte, permettant de le localiser à tout moment. Une telle mesure n'est autorisée que si elle semble adaptée et nécessaire pour la mise en œuvre de l'interdiction, en particulier si des mesures moins rigoureuses ont échoué ou apparaissent a priori insuffisantes.

² La fixation d'un appareil électronique peut être ordonnée pour douze mois au maximum. Elle peut être renouvelée plusieurs fois, à chaque fois pour douze mois au maximum, si les conditions la justifiant sont toujours remplies. Elle peut être ordonnée à titre provisionnel pour douze mois au maximum.

RS

¹ FF ...
² RS 210

³ Les cantons désignent le service chargé d'exécuter la mesure et règlent la procédure. Ils veillent à ce que les données des personnes concernées ne soient utilisées que pour la mise en œuvre de l'interdiction. Celle-ci ne doit pas engendrer de coût pour le demandeur.

⁴ Pour le surplus, le code de procédure civile est applicable.

Titre final: De l'entrée en vigueur et de l'application du code civil

Chapitre 1: De l'application du droit ancien et du droit nouveau

Art. 6d

IV. Protection
des droits de la
personnalité face
à la violence,
aux menaces et
au harcèlement

Les procédures pendantes sont soumises au nouveau droit dès l'entrée en vigueur de la modification du...

2. Code de procédure civile³

Art. 114, let. g

Il n'est pas perçu de frais judiciaires dans la procédure au fond:

- g. les litiges portant sur des violences, des menaces ou du harcèlement au sens des art. 28b et 28c CC⁴.

Art. 198, let. a^{bis}

La procédure de conciliation n'a pas lieu:

- a^{bis}. en cas d'action pour des violences, des menaces ou du harcèlement au sens des art. 28b et 28c CC⁵;

Art. 243, al. 2, let. b

² Elle s'applique quelle que soit la valeur litigieuse:

- b. aux litiges portant sur des violences, des menaces ou du harcèlement au sens des art. 28b et 28c CC⁶;

³ RS 272

⁴ RS 210

⁵ RS 210

⁶ RS 210

Titre précédant l'art. 407c

Chapitre 4: Disposition transitoire de la modification du ...

Art. 407c

Les procédures pendantes sont soumises au nouveau droit dès l'entrée en vigueur de la modification du...

3. Code pénal⁷

Art. 55a, al. 1, phrase introductive et let. b, 2, 3, 4 et 5

¹ En cas de lésions corporelles simples (art. 123, ch. 2, al. 3 à 5), de voies de fait réitérées (art. 126, al. 2, let. b, b^{bis} et c), de menace (art. 180, al. 2) ou de contrainte (art. 181), le ministère public ou le tribunal peut suspendre la procédure:

- b. si la victime ou, lorsqu'elle n'a pas l'exercice des droits civils, son représentant légal le requiert ou donne son accord à la proposition de suspension du ministère public ou du tribunal.

² La procédure ne peut être suspendue que si l'intérêt de la victime l'emporte sur l'intérêt de l'Etat à la poursuite pénale. Avant de statuer, le ministère public ou le tribunal prend notamment les éléments suivants en considération:

- a. auteur de la dénonciation;
- b. motifs pour lesquels la victime demande ou accepte la suspension;
- c. aveux du prévenu;
- d. participation du prévenu à un programme de prévention de la violence ou autres efforts entrepris par lui pour modifier son comportement;
- e. entente entre la victime et le prévenu sur la résolution du conflit;
- f. accroissement ou diminution des risques d'une nouvelle agression;
- g. enfants concernés;
- h. gravité de l'acte.

³ La procédure ne peut pas être suspendue:

- a. si le prévenu est inscrit au casier judiciaire car il a été condamné par un jugement entré en force pour un acte punissable contre la vie et l'intégrité corporelle, la liberté ou l'intégrité sexuelle, et
- b. si le prévenu a commis cet acte punissable contre une victime au sens de l'al. 1, let a.

⁴ Le ministère public ou le tribunal reprend la procédure dans les six mois qui suivent la suspension:

- a. si la victime ou, lorsqu'elle n'a pas l'exercice des droits civils, sont représentant légal révoque son accord, par écrit ou par oral, ou
- b. si la situation a évolué et que l'intérêt à la poursuite pénale l'emporte.

⁵ Si l'accord n'est pas révoqué et que l'intérêt de la victime au classement de la procédure l'emporte, le ministère public ou le tribunal ordonne le classement après six mois. La victime est préalablement entendue.

4. Code pénal militaire du 13 juin 1927⁸

Art. 46b, al. 2, 3, 3^{bis} et 3^{ter}

² La procédure ne peut être suspendue provisoirement que si l'intérêt de la victime l'emporte sur l'intérêt de l'Etat à la poursuite pénale. Avant de statuer, l'auditeur ou le tribunal militaire prend notamment les éléments suivants en considération:

- a. auteur de la dénonciation;
- b. motifs pour lesquels la victime demande ou accepte la suspension provisoire;
- c. aveux du prévenu;
- d. participation du prévenu à un programme de prévention de la violence ou autres efforts entrepris par lui pour modifier son comportement;
- e. entente entre la victime et le prévenu sur la résolution du conflit;
- f. accroissement ou diminution des risques d'une nouvelle agression;
- g. enfants concernés;
- h. gravité de l'acte.

⁸ RS 321.0

³ La procédure ne peut pas être suspendue provisoirement:

- a. si le prévenu est inscrit au casier judiciaire car il a été condamné par un jugement entré en force pour un acte punissable contre la vie et l'intégrité corporelle, la liberté ou l'intégrité sexuelle, et
- b. si le prévenu a commis cet acte punissable contre une victime au sens de l'al. 1, let a.

^{3bis} L'auditeur ou le tribunal militaire reprend la procédure dans les six mois qui suivent la suspension provisoire:

- a. si la victime ou, lorsqu'elle n'a pas l'exercice des droits civils, son représentant légal révoque son accord, par écrit ou par oral, ou
- b. si la situation a évolué et que l'intérêt à la poursuite pénale l'emporte.

^{3ter} Si l'accord n'est pas révoqué et que l'intérêt de la victime à un non-lieu l'emporte, l'auditeur ou le tribunal militaire rend une ordonnance de non-lieu après six mois. La victime est préalablement entendue.

II

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

... Au nom du Conseil fédéral suisse

La présidente de la Confédération, Simonetta Sommaruga
La chancelière de la Confédération, Corina Casanova

